



Yvonne Feri
Ihre Stimme für Kinder
und Gesundheit

Nationalrat
Conseil national
Consiglio nazionale
Cussegl naziunal



Bern, 11. Mai 2022

Aus der Sondersession, Kurzbericht

Geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen

Anfang Monat erschütterte mich der [Bericht](#) eines eritreischen Flüchtlings, der nach der Ablehnung seines Asylgesuchs nach Eritrea zurückkehrte und dort gefoltert wurde. Nur weil er ein zweites Mal in die Schweiz flüchtete, wurde sein Schicksal bekannt.

Im Juli 2017 hatte das Staatssekretariat für Migration seinen Asylentscheid abgewiesen, weil seine Rückkehr keine konkrete Gefährdung darstelle und deshalb zumutbar sei. 2018 kehrte er nach Eritrea zurück. Kaum war er in Asmara gelandet, wurde er festgenommen, in einen Raum verbracht und dort während zweier Wochen von Soldaten verhört und geschlagen.

Im Juni 2016 hatte das Staatssekretariat für Migration SEM seine Asylpraxis gegenüber Eritreerinnen und Eritreern verschärft. Seit dann begründet eine illegale Ausreise aus Eritrea alleine keine Flüchtlingseigenschaft mehr. Diese Praxisverschärfung war Anfang 2017 vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt worden.

Die im Juni 2016 vorgenommene Praxisänderung muss nun unverzüglich überprüft und angepasst werden. Es darf nicht sein, dass Menschen, denen in ihrer Heimat Folter droht, in der Schweiz kein Asyl erhalten. Mit meiner [Interpellation](#) verlange ich vom Bundesrat eine Stellungnahme zur Frage, wie es mit den Wegweisungen von Eritreerinnen und Eritreern weitergehen soll.

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri
Nationalrätin SP/AG und Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz



11.05.2022

Aus dem Nationalrat

Kurzbericht zur Sondersession

Armee: Armee: Die Armee soll ab 2023 schrittweise mehr Geld erhalten, und ab 2030 soll das Budget für die Verteidigung dann bei einem Prozent des Bruttoinlandprodukts liegen, also bei rund sieben Milliarden Franken. Der Nationalrat hiess am Montag mit 111 zu 79 Stimmen und bei zwei Enthaltungen die entsprechende [Motion](#) seiner Sicherheitspolitischen Kommission (SIK-N) gut. Mit Nein stimmten SP, Grüne und GLP. Der Bundesrat ist mit der Motion einverstanden. Mit mehr Geld könnten konkret geplante Beschaffungen rascher umgesetzt werden, sagte Verteidigungsministerin Viola Amherd. Dem Ständerat liegt eine gleiche Motion seiner Sicherheitspolitischen Kommission vor, er hat noch nicht darüber entschieden.

Kommentar: *Der russische Angriffskrieg führt uns mit aller Deutlichkeit vor Augen, wie zerbrechlich die Sicherheit in Europa ist. Es stellt sich die Frage, wie wir die Sicherheit erhalten resp. wiederherstellen können. Die Aufrüstung ist jedoch sicherlich nicht der richtige Weg zu Frieden in Europa.*

Social Media: Der Nationalrat will von relevanten Social-Media-Plattformen wie Facebook, Instagram, Twitter und Youtube mehr Transparenz über Hassbotschaften auf ihren Kanälen. Er hat ein entsprechendes [Postulat](#) von Greta Gysin (Grüne/TI) mit 106 zu 77 Stimmen und zwei Enthaltungen überwiesen. Beim sogenannten Hate-Speech handle es sich um Vergehen oder Verbrechen, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Funktionieren der Demokratie problematisch seien. Viele dieser Einträge würden von den Plattformen gelöscht, ohne dass sie für die Urheber und die Betreiber rechtliche Konsequenzen hätten, sagte Gysin. Es brauche mehr Informationen, um die digitale Gewalt effizient zu bekämpfen.

Kommentar: *Ich bin sehr froh über diesen Entscheid. Es braucht dringend eine verstärkte Bekämpfung von Gewalt in den sozialen Medien.*

Jugendschutz: Der Nationalrat will unter 16-Jährige besser vor pornografischen Inhalten im Internet schützen. Er hat eine [Motion](#) von Niklaus-Samuel Gugger (EVP/ZH) mit 109 zu 66 Stimmen bei elf Enthaltungen angenommen, die vom Bundesrat verlangt, Zugangssperren über Anbieter zu verfügen, die pornografische Inhalte verbreiten, ohne genügende technische Vorkehrungen zum Schutz von Personen unter 16 Jahren zu treffen. Es fehle in der Schweiz am Willen, wirksame Altersregierungen einzubauen. Es gehe ihm nicht um Netzsperrern, so Gugger. Bundesrätin Simonetta Sommaruga verwies vergeblich darauf, dass die Anbieter schon heute das Alter der Nutzer wirksam prüfen und den Zugang für Jugendliche sperren müssten, sonst machten sie sich strafbar. Guggers Forderung sei nicht umsetzbar. Es sei besser, die Medienkompetenz der Jugendlichen zu stärken.

Kommentar: *Das Parlament will Jugendliche besser vor pornografischen Inhalten schützen, auch wenn die Umsetzung dieser Motion gemäss Bundesrat nicht einfach ist. Das freut mich!*

Steuern: Ausländische Onlinehändler sollen künftig auf ihrem Schweizer Umsatz eine Mehrwertsteuer entrichten müssen. Wie der Bundesrat will auch der Nationalrat diesen Systemwechsel vornehmen. Dem Bund sollen so neue Einnahmen zufließen. Der Nationalrat hat am Dienstag einer solchen Plattformbesteuerung als Erstrat zugestimmt. Mit der gleichen [Mehrwertsteuerrevision](#) werden noch andere Steuerthemen mitbehandelt. So sollen Produkte der Monatshygiene wie Tampons und Binden günstiger werden und künftig einem reduzierten



Mehrwertsteuersatz von 2,5 statt 7,7 Prozent unterliegen. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Kommentar: *Es ist wichtig, dass in- und ausländischen Versandhandelsunternehmen gleichbehandelt werden, indem alle Mehrwertsteuer entrichten müssen. Es ist auch richtig, dass für gewisse Produkte endlich der MwSt-Ansatz gesenkt wird!*

Zivilprozesse: Bei der [Modernisierung der Zivilprozessordnung](#) hat das Parlament erste Pflöcke eingeschlagen. Einer davon betrifft missliebige Medienartikel: Sie können künftig einfacher mit einer superprovisorischen Verfügung verhindert werden als heute. Heute kann ein Gericht einen Medienbericht stoppen, wenn dieser für die gesuchstellende Partei unter anderem einen

besonders schweren Nachteil verursachen kann. Beide Räte strichen nun das Wort "besonders". Die Befürworterinnen und Befürworter der Änderung argumentierten mit den Interessen von Betroffenen. Gegnerinnen und Gegner sprachen von einem Angriff auf die Medienfreiheit. Die Vorlage mit weiteren Änderungen geht zurück an den Ständerat.

Kommentar: *Die Medienfreiheit ist ein wichtiger Pfeiler der*

Demokratie. Sie darf nicht eingeschränkt werden. Der Medienartikel beunruhigt mich.

Beschaffungen: Der Nationalrat will das seit Anfang 2021 geltende öffentliche Beschaffungsrecht bereits wieder revidieren, namentlich zur Vorbeugung von sexueller Belästigung. Er hat dazu zwei Motionen seiner Wirtschaftskommission (WAK-N) angenommen, gegen den Willen des Bundesrates. Mit der ersten [Motion](#) sollen Lücken bezüglich sozialer Mindestnormen geschlossen werden. Mit der zweiten [Motion](#) soll garantiert werden, dass Aufträge nur an Unternehmen gehen, die ihre Angestellten vor Mobbing und sexuelle Belästigung schützen. Dies soll mit Blick auf Vergaben ebenso kontrolliert werden wie die Lohngleichheit für Frau und Mann. Nun hat der Ständerat zu entscheiden.

Kommentar: *Ein sehr erfreulicher Entscheid!*

Persönliche Vorstösse in der Sondersession:

- [22.3432](#) Eritrea – wie weiter mit den Wegweisungen? (Interpellation)
- [22.1017](#) High Political Forum on Sustainable Development in New York (Anfrage)
- [20.3231](#) Früherkennung von Kindeswohlgefährdungen. Nationales Programm (behandelte Motion): Wurde leider vom NR mit 107 Stimmen abgelehnt.

Es ist gut, dass wir die Erklärung der Menschenrechte haben. Besser wäre es, wenn wir sie erst gar nicht bräuchten.

Paul Johann Anselm Ritter von Feuerbach